

Pulsniker Tageblatt

Verlagsdruckerei 18. Tel. u. Adr.: Pulsniker Tageblatt
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsniker Bank, Pulsnik und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnik

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramez 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Kleina 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zweiseitiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsniker Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramez, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnik sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Leitungsblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsniker Amtsgerichtsbezirks: Pulsnik, Pulsnik N. S., Großhirsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Frieberg, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Blätternberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnik, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. E. F. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnik

Nummer 269

Dienstag, den 19. November 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Das Ministerium des Innern hat auf Grund von § 67 unter a und c des Allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juli 1903 beschlossen, die Entelung der zur Verbreiterung der Lange Straße und Pulsnik Straße in Pulsnik erforderlichen Teile der dem Kaufmann Carl Bernhard Schöne und der Helene vorm. Hönisch geb. Hönisch gehörigen Grundstücke Nr. 25 und 28 des Flurbuchs für Pulsnik nach Maßgabe des vorgelegten Entelungsplanes zu genehmigen.

Mit Vornahme der Entelung sowie Festsetzung der dafür zu gewährenden Entschädigung ist gemäß § 73 Abs. 1 des Allgemeinen Baugesetzes an Stelle der Baupolizeibehörde der Stellvertreter des Reichshauptmanns in Bautzen, Oberregierungsrat Dr. Koeslner, beauftragt worden. Dies wird auf Grund von § 4 Abs. 1 der Ausführungsverordnung zum Entelungsgesetz vom 24. November 1902 öffentlich bekannt gemacht.

Pulsnik, am 19. November 1929.

Der Stadtrat.

Donnerstag, den 21. November 1929, vorm. 11 Uhr sollen in Pulsnik, Resta-
rant „zum Bürgergarten“

1 gebrauchtes Fahrrad, 1 Nähmaschine, 1 Regal, 1 getr. Smoking-Anzug,
3 Paar Herrenschuhe

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnik, am 19. November 1929

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Anzeigen Pulsniker Tageblatt großen Erfolg

Das Wichtigste

Wie aus Cherbourg gemeldet wird, ist der Unterseekreuzer „Surcouf“ der größte der Welt, am Montag früh vom Stapel gelassen worden. Aus Mexiko-Stadt wird gemeldet, daß der Dampfer „Bilhemosa“ am Grifalvariver untergegangen ist. 30 Personen sind ertrunken.

Bußtag

In unsern Tagen weiß kaum einer
Noch von dem Glück in Gottes Huld,
Von all den Mühsal'nen keiner
Von der Erkenntnis eigener Schuld.
In Kampf und Drang und Not geboren,
Sturm'vögeln irrend nach verwannt,
Hat unser Volk den Weg verloren
Zu Gottes starker Vaterhand.

Dem was uns schwer und unerträglich
Das Dasein auf der Erde macht,
Was leidzerissen, bang und kläglich
Durchschluchzt das Dunkel unsrer Nacht,
Es ist nichts andres als das Brennen
Nach Gottesnähe, nach Jesu Christ,
Es ist das furchtbare Erkennen,
Wie einsam unsre Seele ist.

Voll Demut vor den Herrn zu treten,
Sind selbstbewußt wir weit entfernt,
Aus Nacht und Not zu ihm zu beten,
Hat unser Volk ja längst verlernt.
Und weil wir uns empör nie schwingen
Zu ihm aus aller Leidens Rängen
Fehlt uns bei unserm ird'schen Ringen
Das Beste: Kraft aus Gottes Kraft.

Das aber will der Bußtag künden.
Er bringt nicht Nacht, kein Trost und Licht;
Wir sollen heut' aus Schuld und Sünden
Zum Himmel wenden das Gesicht
Und sollen reuevoll erkennen,
Wie weit von Gott wir fortgeirrt,
Daß unsre Herzen wieder brennen
Und Kraft uns aus der Gnade wird!

Felix Leo Göderik.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnik. (Bußtag und Totensonntag als geschlossene Zeiten.) Ihrem Ernste entsprechend, genießen der allgemeine Herbstbußtag am 20. November und der Totensonntag am 24. November einen besonderen Schutz. Nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 16. 2. 1926 dürfen Tanzveranstaltungen an öffentlichen Orten, in Privathäusern oder in den Räumen geschlossener Gesellschaften überhaupt nicht stattfinden. Bei Musikdarbietungen und anderen geräuschvollen Vergnügungen darf nur ernste Musik geboten werden. Theatralische und kinematographische Vorstellungen sind nur gestattet, wenn sie dem Ernste des Tages entsprechen.

Pulsnik. (Musikalische Feierstunde.) Die Landeskirchliche Gemeinschaft von Pulsnik hielt am Sonntag nachmittag im Saale des „Grauen Wolfes“ eine musikalische Feierstunde ab, die einen vollen Saal aufwies. Ausführende war der Landeskirchliche Gemeinschaftschor Großhirsdorf und sein Leiter Oberpostsekretär Raden. Was

Der Wahlausfall in Sachsen

Keine Auswanderungserlaubnis für deutsch-russische Bauern — Verfolgungen deutscher Studenten in Prag — Die Verhandlungen der Länderkonferenz — Die Berliner Presse zum Ergebnis der Sonntagswahl

Dresden, 18. November. Im allgemeinen betrachtet, ist durch die Wahlen am Sonntag der rote Ansturm auf die sächsischen Rathäuser als abgeschlagen anzusehen. Die drei Hauptstädte des Landes Dresden, Leipzig und Chemnitz haben bürgerliche Mehrheiten. In Dresden stehen 35 Marxisten 40 Antimarxisten gegenüber. Die Altsozialisten, die im letzten Stadtparlament mit ihren drei Mandaten immer den Ausschlag gaben, sind bei der Wahl völlig leer ausgegangen. An ihre Stelle sind die Nationalsozialisten mit vier Stadtverordneten getreten. Nach ihrer ganzen Einstellung darf man erwarten, daß sie bei ihren Abstimmungen im allgemeinen sich den bürgerlichen Stadtvertretern anschließen werden. Die Städte Leipzig und Chemnitz, die bisher Linksmehrheiten aufzuweisen hatten, haben bürgerliche Mehrheiten bekommen. In Plauen stehen 22 Kommunisten und Sozialdemokraten 27 Vertreter bürgerlicher Richtung gegenüber. Die Bürgerlichen haben hier eine klare Mehrheit, selbst wenn sich die Nationalsozialisten einmal auf die Seite der Linken schlagen sollten. Auch in den sächsischen Provinzstädten ist im allgemeinen ein Rück nach rechts zu beobachten. So haben ausgesprochene Industriestädte mit großer Arbeiterbevölkerung, wie Delitzsch i. T., Aue, Neßschau, Auerbach, Crimmitschau, Reichenbach i. V. bürgerliche Mehrheiten in ihre Rathäuser bekommen. Auf der anderen Seite sind freilich auch einige Orte zu verzeichnen, in denen sich eine bisherige knappe bürgerliche Mehrheit in eine kommunistisch-sozialistische gewandelt hat. Die Deutschnationalen haben in Sachsen allgemein keine großen Verluste gehabt. Die Rolle der führenden bürgerlichen Partei ist auf die Deutsche Volkspartei übergegangen. Die Demokraten haben ihren Besitzstand im allgemeinen erhalten können. Die Altsozialisten sind weiter zurückgedrängt worden. Die Nationalsozialisten sind fast überall im Aufstieg begriffen.

Leipzig. Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden insgesamt 425 098 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf: Sozialdemokraten 27 Sitze (26), Vereinigte bürgerliche Liste 28 (22), Kommunisten 9 (15), Kommunistische Opposition 1 (—), Volkspartei 4 (6), Demokraten 3 (4), Alte Sozialdemokratische Partei — (1), Nationalsozialisten 3 (1), U. S. P. D. 0 (0). Die Wahlbeteiligung betrug 84,53 Prozent. Das neue Stadtverordnetenkollegium wird mit 38 bürgerlichen gegen 37 marxistische Stadtverordnete eine bürgerliche Mehrheit aufweisen, während im bisherigen Stadtparlament das Verhältnis 33 : 42 betrug.

Die Berliner Presse zum Ergebnis der Sonntagswahlen

Berlin, 18. Nov. Die Ergebnisse der Wahlen am Sonntag werden in der Berliner Abendpresse ausführlich besprochen: Die „Deutsche Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Nationale Front gegen ultra-rotes Berlin“: Die nationale Opposition im Rathhaus ist gewachsen. Zugleich ist der Block der Sozialdemokraten und Demokraten zerbrochen und machtlos geworden. Beide Parteien ziehen aus verlorener Schlacht. Wenn jetzt die nationale Opposition auf dem Platze ist, dann kann sie das Ruder im Rathhaus energisch auf besseren Kurs wenden. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich außerordentlich gut behauptet. — „Deutsche Tageszeitung“: Der Fall Großberlin erscheint fast hoffnungslos. Auf das Ganze gesehen, eine neue ausgesprochene Niederlage des Bürgerturns trotz des Starck-Standals, trotz der wachsenden Erregung der christlichen Elterntreue über die Zustände im Berliner Schulwesen und trotz der zunehmenden Schädigung des gewerblichen Mittelstandes durch die Sozialisierungs-

bestrebungen der marxistischen Mehrheit. Der relative Rückgang der Deutschnationalen hängt offenbar mit dem Ausschlag der Nationalsozialisten zusammen. Ebenso ausgesprochen wie die Zunahme der Nationalsozialisten ist — übrigens nicht nur in Berlin — der weitere Rückgang der Demokraten. — Der „Vollanzeiger“ schreibt zu der Berliner Stadtverordnetenwahl: Das Ergebnis bedeutet immer noch nicht, daß Berlin rot ist, trotzdem sich die rote Mehrheit gehalten und sogar verstärkt hat. Die zweite Bedeutung des Wahlergebnisses: die Deutschnationale Volkspartei hat sich als weitaus stärkste Bürgerpartei behauptet. Das dritte, was die Wahl lehrt: vernichtende Niederlage der Demokratischen Partei in Berlin. — Ob die Dinte und die Männer, die sie in den Wahlgängen schieden wird, geeignet sein werden, die Lebensfragen einer Viermillionenstadt gerecht und richtig und sachkundig zu erledigen? Und wenn nicht — was dann? — „Germania“: Die fortschreitende Radikalisierung auch in der Kommunalpolitik kommt mit besonderer Deutlichkeit in dem Berliner Wahlergebnis zum Ausdruck. Die Deutschnationalen haben nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Orten starke Verluste erlitten. Das bemerkenswerteste Anzeichen dieser Wahl ist die Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen. — Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu der Berliner Wahl: Die Schwächung der Mitte, die zu dem unerfreulichen Resultat geführt hat, hat vor allem zwei Gründe: die Zersplitterung der Mittelparteien, die ihnen die Anziehungskraft nimmt, und die Schar der Nichtwähler, die zum großen Teil den Kreisen der Mittelpartei zuguzählen sind. Die allgemeine Lehre aus dieser Wahl ist die Einsicht in eine doppelte Notwendigkeit: Erneuerung des veralteten Parteiensystems und Reform eines Wahlrechts, das dieses veraltete System konterviert. — Die „Vossische Zeitung“ schreibt zu der Niederlage der Demokratischen Partei in Berlin: Die Demokraten haben in Berlin schlecht abgeschnitten. Sie verloren ein Drittel ihrer Mandate. Aber es wäre verkehrt, für den Nichterfolg den Wählern und nicht der Partei selbst die Schuld zu geben. Sie hat im Stadtparlament schwere Fehler gemacht. Ihre Personalpolitik war nicht immer einwandfrei — Oberbürgermeister Böß wird zwar in diesem Wahlkampf wenig Stimmen erworben haben — und sie hat sich allzuoft von den Sozialdemokraten für deren Politik mißbrauchen lassen.

Keine Auswanderungserlaubnis mehr für deutsch-russische Bauern.

Moskau. Um ein noch größeres Anwachsen der Scharen auswanderungslustiger deutschstämmiger Bauern in den Vorstädten Moskaus zu verhindern, hat die Sowjetregierung beschlossen, den Bauern keine Auswanderungserlaubnis mehr zu erteilen. Zahlreiche Bauern haben daraufhin voller Enttäuschung die Rückreise nach ihren bisherigen Siedlungen angetreten. Die anderen werden, sofern sie nicht freiwillig gehen wollen, nach ihren Heimatdörfern abgeschoben. Die Auswanderer, die während ihres seit Wochen währenden Aufenthalts vor Moskau ihre sämtlichen Nahrungsmittelvorräte aufgebraucht haben, sind zu einem schweren Problem für die Sowjetbehörden geworden.

Verfolgungen deutscher Studenten in Prag

Prag, 19. Nov. Für Montagabend hatten die sozialistischen Prager Studenten eine öffentliche Protestversammlung gegen die letzten Vorgänge an der Prager deutschen Universität einberufen, zu der den deutsch-böhmischen Studenten der Eintritt verwehrt wurde. Als die deutsch-böhmischen Studenten die Unmöglichkeit, in das Versammlungslokal zu gelangen, eingesehen hatten und abziehen wollten, wurden sie von starken Polizeiabteilungen in den schmalen Voraustrag des Jmoo-Hauses getrieben. Hier hieb die Polizei blindwütig mit blankem Säbel auf die Studenten los, von denen viele verletzt wurden. Auch später noch wurden einzelne Studenten auf den Straßen mit Gummiknüppeln geschlagen. Außerdem wurden viele Verhaftungen vorgenommen. Von Seite der nichtdeutschen an der Universität eingeschrie-

